

Neue Osnabrücker Zeitung vom 19.11.2014

Politik unzufrieden mit Streichliste

Kritik an Sparvorschlägen – Nur Mädchenzentrum bekommt außerordentlichen Zuschuss

Von Ulrike Schmidt

Osnabrück. Es wird ernst mit dem Sparen. Das wurde auch in der Jugendhilfeausschusssitzung deutlich. Allerdings gibt es einige wenige Ausnahmen: Der Quartierstreff Dodesheide-Ost soll seine Arbeit fortführen können. Und das Mädchenzentrum soll 10 000 Euro für die Arbeit mit Migrantinnen erhalten.

Das Spiel bei den Haushaltsberatungen ist nicht neu: Die Verwaltung macht Sparvorschläge, die Politik verwirft sie wieder. Jetzt aber hat die Verwaltung, wie Stadträtin Rita Maria Rzycki im Jugendhilfeausschuss erläuterte, die Rahmenbedingungen geändert: Wenn ein Sparvorschlag abgelehnt wird, müsse eine Gegenfinanzierung präsentiert werden.

So etwa für die Fortsetzung der Arbeit des Quartierstreff Dodesheide-Ost: Nach den Vorstellungen der Verwaltung soll das Projekt zum 30. September 2015 auslaufen. In einem rot-grünen Änderungsantrag wird die Fortführung der Arbeit bis Ende 2017 gefordert. Nach dem Abzug der Briten waren im östlichen Teil der Dodesheide Hunderte preiswerte Wohnungen frei geworden. Es zogen viele benachteiligte Familien ein, anfangs herrschte zudem ein akuter Mangel an Kinderbetreuungsplätzen. Um möglichen Problemen vorzubeugen, eröffnete im November 2012 ein Quartierstreff mit zwei Mitarbeiterinnen.

Heute leben in dem Bereich fast 3000 Menschen aus mehr als 50 Nationen. Die Fluktuation ist groß, die Qualität der Wohnungen weniger. Die beiden Mitarbeiterinnen sind für die Bewohner mit ihren großen und kleinen Sorgen ansprechbar, sie vermitteln Kontakte und machen auf Angebote im Quartier, aber auch in der Dodesheide und in Haste aufmerksam.

Mit einem Auslaufen der Anlaufstelle zeigt sich auch die CDU unzufrieden. „Es war doch schon bei Beginn klar, dass das Projekt länger laufen muss“, sagte die CDU-Ratsfrau Eva-Maria Westermann. Heftig kritisierte sie die von der Verwaltung angeforderte Gegenfinanzierung: „Es kann nicht die Aufgabe ehrenamtlicher Ratspolitiker sein, Deckungsvorschläge zu machen.“

Fast durchgängig „Nein“ gab es im Ausschuss bei der sogenannten Mehrbedarfsliste: Hier melden freie Träger einen erhöhten Bedarf, etwa für die Deckung allgemeiner Kostensteigerungen oder neue Möbel, an. Tarifsteigerungen für Mitarbeiter erfolgen automatisch und müssen nicht gesondert angemeldet werden. Der Ausschussvorsitzende Uli Sommer erklärte für die SPD, dass sie angesichts des Spardrucks keinem Mehrbedarf zustimmen werde. Einzige Ausnahme: Das Mädchenzentrum soll 10 000 Euro für die Arbeit mit jungen Migrantinnen erhalten.

Das Mädchenzentrum hatte um finanzielle Unterstützung gebeten, weil die bisherige Finanzierung durch die Bohnenkamp-Stiftung ausläuft. Das Projekt fördert die Bildung von Mädchen aus traditionellen Familien, um ihnen auf Dauer ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und eine Zwangsehe zu verhindern. Der Antrag der SPD zur Förderung des Mädchenzentrums wurde mit sieben Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Darin wird die Verwaltung aufgefordert, mit dem Landkreis über eine Kooperationsvereinbarung für dieses Projekt zu verhandeln.

Die geplante Umwandlung von Kindertagesstätten zu Familienzentren fällt vorerst auch dem Rotstift zum Opfer. Die zusätzlichen Kosten von 40 000 Euro pro Einrichtung und Jahr seien angesichts der städtischen Finanzlage nicht zu stemmen. SPD und Grüne wollen aber nicht den Vorschlag der Verwaltung hinnehmen, damit auch die familienzentrierte Arbeit der Kita Heiligenweg zu beenden. Es wäre nicht vernünftig, die begonnene und bisher vom Lions Club finanzierte Arbeit aufzugeben, sagte Sebastian Bracke von den Grünen. Sommer versprach: „Die Zählergemeinschaft wird eine Gegenfinanzierung aus dem Gesamthaushalt vorschlagen.“